

VERANSTALTUNGSBERICHT

Tobias Müller

| | |
|----------------------|--|
| Titel: | Security in Afghanistan: Are We Losing the Peace? |
| Thema: | Die aktuelle Sicherheitslage in Afghanistan |
| Veranstalter: | United States Institute of Peace |
| Art: | Vortrag |
| Datum: | 27.06.06 |

Beth Cole DeGrasse, Programmdirektorin des *Center for Postconflict Peace and Stability Operations* am *United States Institute of Peace* fasste kurz die verbreitete Wahrnehmung der jüngsten Entwicklungen in Afghanistan zusammen. Es bestehet der Eindruck, dass das Land der Kontrolle der eigenen Regierung und der internationalen Gemeinschaft entgleite. Oftmals würde die Befürchtung geäußert, Afghanistan entwickle sich zu einem zweiten Irak. Dies sei nicht verwunderlich, gleiche doch die Vorgehensweise der Rebellen vor Ort immer mehr den Taktiken der Aufständischen in Bagdad, Falludscha und anderen irakischen Brennpunkten. Immer öfter müsse man Selbstmordanschläge und Angriffe auf Ausländer im Dienst internationaler Organisationen beklagen. Zudem höre man immer wieder in den Medien, dass die Taliban auf dem besten Wege seien die Kontrolle über die Provinzen im Süden und im Südosten des Landes zurückzuerlangen.

Ali Jalali, Professor am *Near East South Asia Center for Strategic Studies* der *National Defense University* und afghanischer Innenminister von 2003 bis 2005, bestätigte zunächst den spürbaren Stimmungswechsel in Bezug auf sein Heimatland. So hätte sich das Bild von Afghanistan rapide gewandelt – vom ursprünglichen Paradebeispiel für einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess durch die internationale Gemeinschaft zu einem neuen potentiellen Krisenherd. Hauptursache dieses Stimmungswandels sei die Ernüchterung im Land, zum Einen seitens der afghanischen Bevölkerung gegenüber ihrer ineffizienten Regierung, zum Anderen seitens dieser Regierung gegenüber der sie vernachlässigenden internationalen Gemeinschaft. Dabei seien die Erwartungen der Bevölkerung kurz nach der Intervention im Jahre 2001 mit einem schlichten Bedürfnis nach Sicherheit relativ bescheiden gewesen. Jedoch sei es weder der Regierung, noch der internationalen Gemeinschaft, gelungen dieses Grundbedürfnis zu befriedigen. Stattdessen sei man ursprünglich weniger mit dem Hintergedanken einer nachhaltigen Stabilisierung, sondern eher mit dem Ziel einer Entmachtung des Taliban-Regimes in das Land eingedrungen. Dies habe nicht nur einen langen Schatten auf das kollektive Nationalbewußtsein Afghanistans geworfen, sondern ebenfalls vielen Milizen und Kriegsfürsten erlaubt, ihre Machtposition zu erhalten. Zusätzlich sei es nie gelungen, die Taliban endgültig zu besiegen. Folglich sei die Trennungslinie zwischen der Konfliktperiode und der Phase des Wiederaufbaus stark verschwommen. Gerade

ein komplexer und äußerst dynamischer Prozess wie er sich in Afghanistan gerade abspiele sei durch eine solch unklare Konfliktsituation höchst anfällig für eine weitere Destabilisierung. Zuletzt fehle den ausländischen Akteuren ein ganzheitlicher Ansatz, um die Vielzahl von Parteien in einer solch komplexen Situation zusammenzubringen und zufriedenzustellen.

Vor dem Hintergrund der kollektiven Ernüchterung, die sich in der Bevölkerung verbreite, seien die Taliban nicht das Hauptproblem Afghanistans. Trotzdem erläuterte Jalali kurz deren Entwicklung seit ihrem Sturz als Regierungspartei. So hätten die meisten Taliban-Kämpfer zunächst nicht den erneuten Konflikt gesucht, sondern vielmehr die Teilerhaltung ihres politischen Gewichts im Land. Viele hätten sich in erster Linie, ähnlich der Gesamtbevölkerung, Sicherheit erhofft. Zu diesem Zweck seien oft Verhandlungen mit lokalen Funktionären gesucht worden. Nachdem jedoch eine Wiedereingliederung der Taliban in das normale gesellschaftliche Leben zu scheitern drohte, seien diese Verhandlungen genutzt worden, um Netzwerke zu schaffen, die als Ausgangspunkt für spätere Aktivitäten dienen sollten. Seit Ende des Jahres 2005 müsse man entsprechende Aktivitäten, wie Sabotageakte und Selbstmordattentate, wieder beklagen. Zusätzlich hätten die Taliban die Herrschaft über viele Provinzen des Südens und des Südostens Afghanistans wiedererlangt. Dies sei durch die Ersetzung amerikanischer Truppen seitens Soldaten der ISAF gefördert worden, was als Rückzug und Niederlage der Vereinigten Staaten verstanden worden sei. Neu, und zudem erheblich gefährlicher, sei allerdings die enge Kooperation der Taliban mit Al Kaida in den Provinzen des Nordostens seit der Invasion des Iraks.

Trotz dieser zunehmenden militärischen Bedrohung durch Rebellen sei es jedoch wichtiger, das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen. Gerade die um sich greifende Ernüchterung provoziere ein mehrheitliches Abwenden der Afghanen von der internationalen Gemeinschaft hin zu radikalen Kräften innerhalb des Landes. Hierfür müssten sowohl die internationale Gemeinschaft als auch die afghanische Regierung ihre Politik neu überarbeiten. So sei es zum Beispiel äußerst wünschenswert anfänglich gestartete Entwicklungs- und Stabilisierungsprogramme durch verstärkte Finanzierung wieder zu beleben. Denn nach wie vor fehle es in den meisten Gegenden des Landes an technischer, medizinischer, geistlicher und pädagogischer Infrastruktur. Zudem seien die afghanischen Sicherheitskräfte in einem schwachen Zustand.

Amin Tarzi Afghanistan-Experte des *Radio Free Europe / Radio Liberty*, begann seinen Vortrag mit einer positiven Bestandsaufnahme. So habe man bisher das öffentliche Schulwesen verbessert, eine Verfassung verabschiedet, ein beachtliches Wirtschaftswachstum erreicht, mehr Rechte für Frauen durchgesetzt und ein funktionierendes Parlament etabliert. Dennoch müsse man jeder einzelnen dieser Leistungen ein deutliches „aber“ hinzufügen. Des Weiteren habe man die Ambitionen aufgegeben, mittelfristig ein demokratisches Afghanistan aufzubauen. Stattdessen sei das Ziel nun die Errichtung eines in erster Linie funktionierenden Staatswesens. Hinderlich hierfür seien Schuldzuweisungen der zahlreichen Parteien untereinander sowie eine

Missachtung der negativen Entwicklungen im Norden Afghanistans. Besser solle man sich auf die größten Hindernisse für eine zukünftige Stabilisierung und den Wiederaufbau des Landes konzentrieren. Diese Hindernisse seien die kontinuierliche Einmischung Pakistans in Form von aktiver Unterstützung der Taliban und vor allem der Terrororganisation Al Kaida sowie das Festhalten der internationalen Gemeinschaft an einer sequentiellen Strategie. Vielmehr müsse man in Anbetracht der zahlreichen Akteure und der komplexen Situation eine ganzheitliche Vorgehensweise in Afghanistan verfolgen. Letztlich wäre es ein großer Fehler, setze man weiterhin auf regional autarke Sicherheitsinitiativen um das Land zu stabilisieren, schließlich kreiere man so lediglich neue Milizen. Erfolgreiche Strategien müssten vielmehr auf Lösungsansätzen aufgebaut werden, die eine langfristige Stabilisierung ermöglichen. Solche Ansätze seien eine Neubewertung der Aufbaustrategien auf allen Ebenen und innerhalb aller beteiligten Gruppierungen, ein verstärktes Engagement der großen NATO-Staaten, inklusive einer Bereitstellung von Bodentruppen, und eine Verringerung der Spannungen zwischen Afghanistan und Pakistan. Wichtig sei auch eine erhöhte Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber der Öffentlichkeit sowie eine entschiedene Bekämpfung von Korruption. Des Weiteren müsse man Beschlüsse der Legislative effektiv in die Tat umsetzen und den gesamten Ansatz der Stabilisierung Afghanistans nicht auf taktischen sondern auf strategischen Überlegungen basieren.

In der anschließenden Diskussionsrunde bekräftigten beide Redner noch einmal, dass in erster Linie das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurückgewonnen werden müsse. Nur dann mache die Verstärkung der militärischen und zivilen Personalstärke Sinn. Darüberhinaus müsse man Geduld mit dem Eintreten von positiven Auswirkungen der finanziellen Hilfsleistungen haben. Schließlich fordere eine Einigung zur Höhe der Bereitstellung solcher Mittel sowie eine anschließende Auftragsvergabe und Umsetzung ihre Zeit. Zu beklagen sei der Teufelskreis zwischen ineffizienter Regierungsarbeit und der abnehmenden Bereitschaft, weitere Gelder zur Verfügung zu stellen. Auch bremse die Notwendigkeit der Kompromissbildung zwischen Präsident Karsai und den zahlreichen einflussreichen Akteuren im Land die Leistungsfähigkeit der zentralen Regierung. Gerade deswegen sei es auch wichtig von der Idee einer politischen Dezentralisierung des Landes Abstand zu nehmen. Wünschenswert sei ein solcher Prozess jedoch im Hinblick auf die afghanische Volkswirtschaft.